

Max Lay

Steuereinnahmen weiterhin stabil

Zu den Ergebnissen der 165. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«

IN KÜRZE

Der Staat kann im Jahr 2023 mit Steuereinnahmen in Höhe von 916,1 Mrd. Euro rechnen. Damit korrigiert der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« das Ergebnis gegenüber seiner letzten Schätzung leicht nach unten. Dies liegt vorrangig an der seit Frühjahr schwachen Kassenentwicklung der Steuereinnahmen.

Vom 24. bis zum 26. Oktober kam der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« zu seiner 165. Sitzung in Potsdam zusammen, um zum zweiten Mal im Jahr 2023 die Steuereinnahmen des laufenden und der kommenden fünf Jahre für Bund, Länder und Gemeinden zu schätzen. Im laufenden Jahr ist mit einem eher moderaten Wachstum des Gesamtsteueraufkommens in Höhe von 2,3% zu rechnen. In der Mai-Schätzung ging der Arbeitskreis noch von einem Anstieg in Höhe von 2,8% aus. Absolut gesehen müssen die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mit 4,5 Mrd. Euro weniger auskommen (vgl. Tab. 1). In den kommenden Jahren darf sich der Staat dann wieder auf eine höhere Einnahmendynamik einstellen.

GRUNDLAGEN UND GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die konjunkturelle Lage hat sich seit der Steuerschätzung im Mai eher ungünstig entwickelt. Umfragebasierte Indikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex, aber auch die amtlichen Zahlen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts deuteten in den vergangenen Monaten an, dass sich die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr irgendwo zwischen Stagnation und Rezession wiederfinden wird. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbst-Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von einer sinkenden Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 aus. Zum gleichen Ergebnis kommt auch die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die sich traditionell vor der Prognose der Bundesregierung intensiv mit der aktuellen Lage der deutschen Wirtschaft auseinandersetzt. Im Frühjahr kamen beide noch zu einer positiveren Einschätzung für das laufende Jahr, nachdem im vorangegangenen Winter eine Gasmangellage erfolgreich verhindert wurde.

Ausschlaggebend für das pessimistischere Bild im Herbst 2023 ist der schwache Verlauf des realen privaten Konsums, dessen Erholung auch aufgrund der bis über den Sommer anhaltend hohen Inflation weiterhin auf sich warten lässt.

Diese Einschätzung betrifft jedoch die Entwicklung der preisbereinigten Größen, in der nominalen Betrachtung wurde die Einschätzung, inflationsbedingt, sogar nach oben korrigiert (vgl. Tab. 2). Die Bundesregierung geht im laufenden Jahr von einem Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 6,5% aus und liegt damit wie auch im weiteren Schätzraum etwas über der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose.

Für die Schätzung der Steuern vom Umsatz und der Lohnsteuer, die zusammen über die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen ausmachen, sind darüber hinaus die Entwicklung der nominalen privaten Konsumausgaben bzw. der nominalen Bruttolöhne von entscheidender Bedeutung. Beide Größen sind im laufenden Jahr aufgrund des persistent hohen Preisanstiegs bzw. des stabilen Arbeitsmarkts und der günstigen Lohnentwicklung aufwärtsgerichtet. Bei der Lohnentwicklung dürften die Zahlungen der Inflationsausgleichsprämien, die in vielen Tarifabschlüssen vereinbart wurden, merklich zur Dynamik beitragen.

Im Gegensatz zur Mai-Schätzung, wo insbesondere die Anpassungen des Einkommensteuertarifs zu weitreichenden Prognosekorrekturen führten, spielen Steuerrechtsänderungen dieses Mal keine Rolle für die aggregierten Steuereinnahmen, sondern lediglich für die Verteilung der Einnahmen zwischen Bund und Ländern. Im Zuge dessen dürfen sich die Länder aktuell und in Zukunft, zulasten des Bundes, über Mehreinnahmen freuen.

PROGNOSEREVISION UND AUFKOMMENSENTWICKLUNG

Da in der Herbststeuerschätzung schon ein Großteil der Steuereinnahmen aus dem laufenden Jahr in der Kasse zu finden ist, orientieren sich die Schätzer*innen stärker an diesen Informationen als noch im Frühjahr. Aufgrund der Kassenentwicklung korrigiert der Arbeitskreis daher seine Schätzung für das Gesamtsteueraufkommen im Jahr 2023 um 4,5 Mrd. Euro nach unten. Hauptverantwortlich dafür sind die schwache Entwicklung bei der Lohn- und Einkom-

Tab. 1

Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« in Mrd. Euro^a

	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Mai 2023	920,6	962,2	1 009,3	1 046,2	1 078,5	
Okt. 2023	916,1	964,1	1 017,1	1 054,5	1 088,3	1 124,0
Abweichungen insgesamt	-4,5	1,9	7,8	8,3	9,8	
Rechtsänderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schätzabweichung ^b	-4,5	1,9	7,8	8,3	9,8	

^a Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ^b Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen.

Quelle: BMF (2023a; 2023b).

Tab. 2

Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« in Mrd. Euro^a

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Bruttoinlandsprodukt, Prognose der Bundesregierung						
April 2023	6,1	4,0	2,8	2,8	2,8	
Okt. 2023	6,5	4,4	3,5	2,7	2,7	2,7
Differenz	0,4	0,4	0,7	-0,2	-0,2	
Bruttoinlandsprodukt, Prognose der Gemeinschaftsdiagnose						
April 2023	6,3	4,2	2,9	2,8	2,9	
Sep. 2023	6,2	3,9	3,0	2,6	2,6	2,6
Differenz	-0,1	-0,3	0,1	-0,2	-0,3	
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«						
Mai 2023	2,8	4,5	4,9	3,7	3,1	
Okt. 2023	2,3	5,2	5,5	3,7	3,2	3,3
Differenz	-0,5	0,7	0,6	0,0	0,1	

^a Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: BMF (2023a; 2023b); BMF und BMWK (2023a; 2023b); Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023a; 2023b); Berechnungen des ifo Instituts.

mensteuer, deren Aufkommensschätzung um über 8 Mrd. Euro nach unten revidiert wird (vgl. Abb. 1). Bei der Lohnsteuer könnte negativ zu Buche schlagen, dass in Lohnverhandlungen und Tarifabschlüssen die Möglichkeit zur Zahlung von abgabefreien Inflationsausgleichsprämien ausgiebiger genutzt wurde als noch im Frühjahr angenommen. Dafür spräche, dass die Bruttolöhne zwar schneller wachsen als im Frühjahr angenommen, sich diese Entwicklung aber nicht in den Einnahmen aus der Lohnsteuer niederschlägt. Die Lohnsteuereinnahmen wachsen im laufenden Jahr dennoch recht dynamisch um 4,7%, während hingegen das Aufkommen bei der veranlagten Einkommensteuer deutlich um 5,8% zurückgeht. Auch die Schätzung der Grunderwerbsteuer wurde aufgrund der Kassenentwicklung und der preis- und zinsbedingten lahrenden Baukonjunktur abermals nach unten korrigiert. Hier werden die Einnahmen gegenüber 2022 um knapp 30% einbrechen und auch im weiteren Schätzzeitraum deutlich unter dem Aufkommen der vergangenen Jahre zurückbleiben. Bei einigen Steuern gab es auch Aufwärtskorrekturen, wie beispielsweise der Umsatzsteuer, deren Aufkommen weiter von der Inflation profitiert haben dürfte, oder der im Gegensatz zu den anderen Gewinnsteu-

ern gut laufenden Gewerbesteuer (vgl. Abb. 2). Insgesamt überwiegen jedoch im laufenden Jahr die Anpassungen nach unten.

Für die nächsten Jahre schätzt der Arbeitskreis jedoch wieder mit erhöhten Einnahmen (vgl. Tab. 3). Haupttreiber für diese Entwicklung sind die Lohnsteuer, die vom kurz- und mittelfristig hohem Lohnwachstum profitiert, und die Umsatzsteuer, bei der sich der prognostizierte Aufschwung des privaten Konsums in den nächsten Jahren niederschlägt. Auch bei den Unternehmensteuern, insbesondere der Körperschaftsteuer, rechnet der Arbeitskreis ab 2025 im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung wieder mit einem kräftigen Zuwachs.

Im Hinblick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft lohnt sich außerdem ein Blick auf die Aufkommensentwicklung bei der Energiesteuer und der Stromsteuer in den nächsten Jahren. Während bei der Energiesteuer vor allem aufgrund des Auslaufens fossiler Brennstoffe in den Bereichen Wärme und Verkehr mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, dürfte sich der unter sonst gleichen Bedingungen höhere Stromverbrauch positiv auf das Stromsteueraufkommen auswirken.

Tab. 3

Ergebnisse der Steuerschätzung vom Oktober 2023^a

Steuereinnahmen in Mio. Euro	realisiert			Prognose			
	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Gemeinsch. Steuern	674 961	694 000	733 050	779 050	811 150	840 600	872 750
Lohnsteuer	227 205	237 850	257 650	280 350	296 000	310 600	327 300
veranl. Einkommensteuer	77 411	72 950	74 950	78 850	83 250	86 900	90 700
nicht veranl. St. v. Ertrag ^b	32 602	36 750	34 400	34 850	35 250	35 650	36 100
Abgeltungsteuer	6 559	7 300	8 000	8 350	8 450	8 550	8 750
Körperschaftsteuer	46 334	46 150	46 700	51 100	53 550	55 200	56 800
Steuern vom Umsatz	284 850	293 000	311 350	325 550	334 650	343 700	353 100
Bundessteuern	96 652	101 569	106 339	107 529	107 829	108 304	108 704
Energiesteuer	33 667	36 150	36 300	36 150	35 900	35 350	34 650
Tabaksteuer	14 229	14 940	16 080	16 100	16 500	16 510	16 530
Alkoholsteuer	2 191	2 190	2 190	2 190	2 190	2 190	2 190
Alkopopsteuer	2	2	2	2	2	2	2
Schaumweinsteuer	352	370	370	370	370	370	370
Zwischenerzeugnissteuer	26	25	25	25	25	25	25
Kaffeesteuer	1 063	1 040	1 040	1 040	1 040	1 040	1 040
Versicherungsteuer	15 672	16 800	17 550	18 090	18 650	19 230	19 830
Stromsteuer	6 830	6 910	8 285	8 325	8 365	8 405	8 445
Kraftfahrzeugsteuer	9 499	9 600	9 565	9 535	9 535	9 480	9 420
Luftverkehrssteuer	1 140	1 490	1 680	1 700	1 700	1 700	1 700
Kernbrennstoffsteuer	0	0	0	0	0	0	0
Solidaritätszuschlag	11 978	12 050	12 250	13 000	13 550	14 000	14 500
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0	0	0
Pauschal Einfuhrabgaben	2	2	2	2	2	2	2
EU-Energiekrisenbeitrag	0	0	1 000	1 000	0	0	0
Ländersteuern	30 097	24 595	25 355	26 348	27 397	28 396	29 200
Vermögensteuer	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erbschaftsteuer	9 226	8 900	9 200	9 500	9 800	10 100	10 400
Grunderwerbsteuer	17 122	12 000	12 400	13 050	13 750	14 400	14 850
Rennwett- und Lotteriesteuer	2 569	2 465	2 480	2 515	2 550	2 585	2 620
Feuerschutzsteuer	580	650	695	715	735	755	780
Biersteuer	600,2	580	580	568	562	556	550
Sonstige Ländersteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gemeindesteuern	87 177	89 855	93 039	97 823	101 757	104 541	106 875
Gewerbesteuer	70 244	72 550	75 500	80 050	83 750	86 300	88 400
Grundsteuer A	413	415	414	413	412	411	410
Grundsteuer B	14 869	15 180	15 390	15 600	15 810	16 020	16 230
Sonstige Gemeindesteuern	1 651	1 710	1 735	1 760	1 785	1 810	1 835
Zölle	6 828,8	6 050,0	6 300,0	6 350,0	6 400,0	6 450,0	6 500,0
Steuern insgesamt	895 716	916 069	964 083	1 017 100	1 054 533	1 088 291	1 124 029

^a Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ^b Ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge.

Quelle: BMF (2023b).

ENTWICKLUNG DER STEUERQUOTE

Das Verhältnis der gesamten Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, die Steuerquote, wird in der aktuellen Steuerschätzung abermals nach unten korrigiert (Lay 2023) und liegt bis zum Jahr 2027 unter der errechneten Quote der Frühjahrschätzung (vgl. Abb. 3). Vor allem im laufenden Jahr

sackt die Quote um knapp 1 Prozentpunkt auf 22,2% ab, was hauptsächlich auf die Auswirkungen der im Inflationsausgleichsgesetz verabschiedeten Anpassung des Einkommensteuertarifs zurückzuführen ist. Damit ist sie so niedrig wie seit 2014 nicht mehr, das von der Corona-Pandemie geprägte Jahr 2020 ausgenommen. Dennoch liegt sie immer noch deutlich über dem historischen Mittelwert seit der Wieder-

vereinigung, wird ab 2025 wieder deutlich anziehen und nach der aktuellen Schätzung im Jahr 2028 ihren Höchststand erreichen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass nur verabschiedete Steuerrechtsänderungen in die Schätzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« miteinbezogen werden und z. B. eine im Jahr 2025 anstehende Anpassung des Einkommensteuertarifs, die für sich genommen die Steuerquote dämpfen würde, nicht berücksichtigt werden kann.

FAZIT

Trotz abgekühlter Konjunktur bleiben die Steuereinnahmen im Jahr 2023 einigermaßen stabil. Bund, Länder und Kommunen müssen mit knapp 4,5 Mrd. Euro weniger rechnen als noch in der Frühjahrsschätzung veranschlagt. Kurz- und mittelfristig dürften die Ergebnisse des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« keine größeren Auswirkungen auf verschiedene finanzpolitische Debatten haben, da sich der fiskalische Spielraum weder in die eine noch in die andere Richtung signifikant verändert hat. Bei der nächsten Steuerschätzung dürfte dann womöglich das Wachstumschancengesetz eine größere Rolle spielen, über dessen Gesetzesentwurf zurzeit der Bundestag berät. Laut aktuellem Regierungsentwurf rechnet die Bundesregierung durch verschiedene darin enthaltene Maßnahmen, wie verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten oder einer Investitionsprämie für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, mit knapp 7 Mrd. Euro Mindereinnahmen pro Jahr.

REFERENZEN

- BMF – Bundesministerium der Finanzen (2023a), *Ergebnisse der 164. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«*, Berlin.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (2023b), *Ergebnisse der 165. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«*, Berlin.
- BMWK und BMF (2023a), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 26. April 2023*, Berlin.
- BMWK und BMF (2023b), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 11. Oktober 2023*, Berlin.
- Lay, M. (2023), »Inflationsausgleich dämpft stabile Steuereinnahmen«, *ifo Schnelldienst* 76(6), 36–39.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023a), *Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte stärken – Stand: Frühjahrsgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose vom 3. April 2023*, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023a), *Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch – Stand: Herbstgutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose vom 28. September 2023*, Halle.

Abb. 1
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2023 im Vergl. zur Schätzung vom Mai 2023

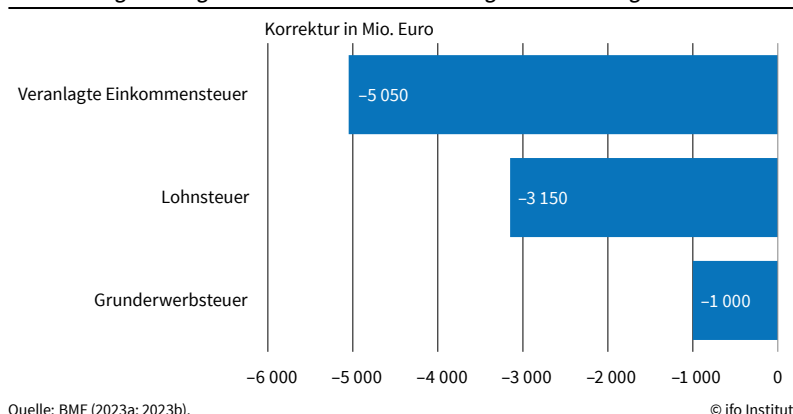


Abb. 2
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2023 im Vergl. zur Schätzung vom Mai 2023

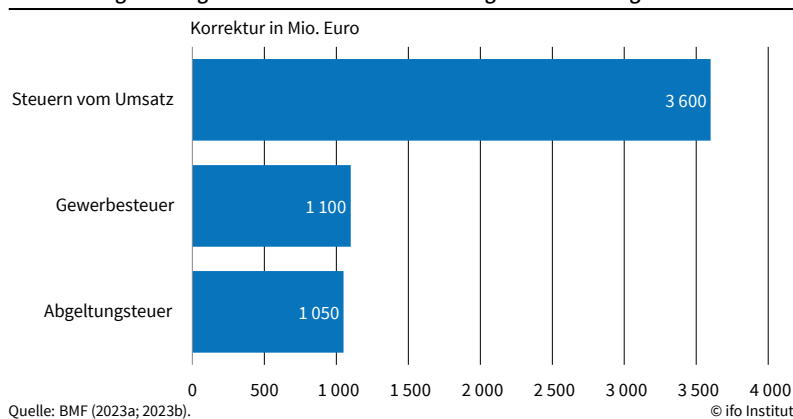


Abb. 3
Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

